

Weniger Gesetze, mehr Freiheit

Diskussionsveranstaltung der BLZK kurz vor der Bundestagswahl

Die deutsche Gesundheitspolitik steht vor einem „reset“. Die nächste Reform muss kommen, das war Konsens bei der Diskussion, zu der die Bayerische Landes Zahnärztekammer Ende September nach München eingeladen hatte.

„Das Schlimmste verhindern reicht nicht, man muss das Beste erreichen“, mit diesem Anspruch will der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder (CSU), grundlegende Fehler der vorangegangenen Gesundheitsreform beseitigen. Deutschland brauche im Gesundheitswesen weniger Gesetze und wieder mehr Freiheit, weniger Zentralismus und mehr Regionalität, weniger Staat und mehr Selbstverwaltung. Der bisherigen Bundesgesundheitsministerin, Ulla Schmidt (SPD), warf Söder vor, die „Geschäftsgrundlage“ der vorangegangenen Gesundheitsreform in der Großen Koalition mit der Ausgestaltung des Gesundheitsfonds infrage gestellt zu haben. Statt den Weg in eine „sozialistische Planwirtschaft“ fortzusetzen, müsse die soziale Marktwirtschaft auch im Gesundheitswesen wiederhergestellt werden.

Keine unbegrenzten Leistungen

Drei Tage vor der Bundestagswahl hatte die Bayerische Landes Zahnärztekammer den Bayerischen Gesundheitsminister eingeladen, um Positionen für die kommende Legislaturperiode zu diskutieren. Die Vorlage hierzu kam von Professor Fritz Beske vom Institut für Gesundheits-System-Forschung in Kiel, der im Mai 2009 die „Gesundheitspolitische Agenda 2009“ vorgelegt hatte. Dieses umfangreiche Papier, an dem auch der Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Rechtsanwalt Peter Knüpper, mitgearbeitet hatte, beinhaltet eine ganze Reihe von Reformvorschlägen, ausgehend von der Feststellung: „Mit begrenzten Mitteln können nicht unbegrenzte Leistungen erbracht werden.“

Die Politik, so der angesehene Wissenschaftler und ehemalige Staatssekretär, müsse sich heute bereits an den Versorgungsnotwendigkeiten von morgen orientieren. Dabei kritisierte Beske, dass den Wahl-



Konsens und Kontroverse: Diskussion zwischen Michael Schwarz, Dr. Markus Söder und Professor Fritz Beske (v.l.n.r.), Moderation: Ursula Heller

programmen der politischen Parteien keine Analysen zugrunde liegen. Zu der notwendigen Bestandsaufnahme zählt, dass sich sowohl die Finanzierungs- als auch die Betreuungsrelationen dramatisch verändern. Wenn heute drei Beitragszahler in der gesetzlichen Krankenversicherung auf einen Leistungsempfänger kommen, so wird das Verhältnis im Jahr 2050 – angesichts der statistisch belegten demografischen Entwicklung in Deutschland – bei einem Verhältnis von eins zu eins liegen. Sollte der heutige Leistungskatalog in der gesetzlichen Krankenversicherung beibehalten werden, würde dies einen Anstieg der Versicherungsbeiträge auf 46 Prozent bedeuten (eingerechnet auch der medizinische Fortschritt in den kommenden vier Jahrzehnten).

Gesundheitswesen fährt gegen die Wand

Beske kritisierte, dass – anders als in einigen Nachbarländern – die notwendige gesellschaftspolitische Debatte über die „Priorisierung“ von Leistungen nicht geführt werde und sah dabei auch eine Mitverantwortung der Medien. Ohne drastische Einschnitte beim Leistungskatalog fahre das Gesundheitswesen „gegen die Wand“. Nicht nur die finanziellen Ressourcen würden erschöpft, angesichts der zunehmenden Langlebigkeit und der damit einhergehenden Multimorbidität fehlen in Deutschland auch die Arbeitskräfte, um die medizinische und pflegerische Versorgung künftig zu übernehmen.

Beske sprach sich dafür aus, in der gesetzlichen Krankenversicherung lediglich eine Regelversorgung anzubieten, die sich auf schwerwiegende Erkrankungen konzentrierte: „Dabei dürfen Alter und Einkommen kein Leistungsausschluss sein.“ Für darüber hinausgehende Leistungen könnten allenfalls Festbeträge beziehungsweise Festzuschüsse gezahlt werden: „Alle unsere Nachbarländer haben weitaus höhere Zuzahlungen als wir. Darunter leidet weder die Qualität des Gesundheitswesens noch die Versorgung der Versicherten.“ Für den Bayerischen Staatsminister Dr. Markus Söder gelten unmittelbar nach der Bundestagswahl folgende „Sofortmaßnahmen“: Der Gesundheitsfonds, bei dem zwei Drittel des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern aus Beiträgen bayerischer Versicherter kommen, muss regionalisiert werden. Dabei soll die Autonomie der Krankenkassen – bei der Beitragsfestsetzung – wiederhergestellt werden.

Söder: HOZ als „gute Arbeitsgrundlage“

Söder will sich auch für eine Stärkung der Freiberuflichkeit einsetzen: „Der eigentliche Solidarvertrag im Gesundheitssystem wird zwischen Arzt und Patient geschlossen.“ Daneben versprach er erneut die Aufhebung der Budgetierung im zahnärztlichen Bereich. Die von der Bundeszahnärztekammer erarbeitete Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) hält er für eine „gute Arbeitsgrundlage“ und bedankte

sich insbesondere für den Einsatz der Bayerischen Landes Zahnärztekammer. Daneben forderte er einen stärkeren Bürokratieabbau im Gesundheitswesen und eine „Demokratisierung der kassenärztlichen und kassenzahnärztlichen Vereinigungen“. Bei der Frage der Gesamtfinanzierung gehe es um einen „Kassensturz“ nach der Bundestagswahl.

Ermuntert wurde der Minister in der von der Journalistin Ursula Heller – bekannt durch die Münchner Runde im Bayerischen Fernsehen – moderierten Diskussionsrunde von Kammerpräsident Michael Schwarz, eine „Revitalisierung der Selbstverwaltung“ vorzunehmen. Der Staat müsse Rahmenbedingungen setzen, dürfe jedoch nicht bis ins Einzelne in die Leistungserbringung hineinregieren. Schwarz begrüßte ausdrücklich die Zusage Söders, bereits während der Koalitionsverhandlungen eine „Rückkopplung“ mit den bayerischen Gesundheitsberufen vorzunehmen, um die Interessen der Leistungsträger im Gesundheitswesen stärker zu berücksichtigen.

Fazit der Veranstaltung: Deutschland steht vor einer neuen Gesundheitsreform. Auch diese wird die Herausforderungen, vor denen das System in den kommenden Jahrzehnten angesichts des demografischen Wandels steht, nicht bewältigen. Diejenigen, die diesen Abend nicht nutzten, um den Dialog mit der Politik zu suchen (leider blieb die Hälfte der Plätze im Zahnärztehaus unbesetzt), werden es geahnt haben.

Redaktion

Kindererziehungszeiten auf die Rente anrechnen lassen

Die Bayerische Ärzteversorgung rät Mitgliedern, die gegenwärtig Kinder erziehen oder in der Vergangenheit Kinder erzogen haben, die Feststellung ihrer Kindererziehungszeiten bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen. Dies wurde mit den Änderungen des sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) vom 22. Juli 2009 möglich.

Durch die Gesetzesänderung können Kindererziehungszeiten grundsätzlich auch von Mitgliedern berufsständischer Versorgungswerke wie der Bayerischen Ärzteversorgung (BÄV) auf entsprechenden Antrag in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet werden (§ 56 Abs. 4 Nr. 3 SGB VI). Dies gilt auch, wenn das Mitglied von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit ist. Die Kindererziehungszeit wird dem Elternteil angerechnet, der tatsächlich das Kind erzogen hat – unabhängig vom Geschlecht. Sie wird jedoch nur bei einem Elternteil angerechnet.

Eine weitere Änderung des Sozialgesetzbuches: Elternteile, denen Kindererziehungszeiten anzurechnen sind, die aber

die allgemeine Wartezeit der gesetzlichen Rentenversicherung (60 Kalendermonate) nicht erfüllt haben, können Beiträge nachzahlen, um die gesetzliche Regelaltersrente zu erlangen. Die Beiträge können auf Antrag frühestens nach Erreichen der Regelaltersgrenze und nur für so viele Monate nachgezahlt werden, wie zur Erfüllung der allgemeinen Wartezeit noch erforderlich sind (§ 208 SGB VI).

Wer die Regelaltersgrenze (derzeit das 65. Lebensjahr) erreicht und Kinder erzogen hat, sollte sich an die zuständigen Auskunft- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV) wenden.

Weitergehende, häufig gestellte Fragen zur Anrechnung von Kindererziehungszeiten beantwortet die BÄV auf ihrer Internetseite unter www.aerzteversorgung.eu > Aktuelles > Kindererziehungszeiten.

Dr. Michael Förster
Dr. Günter Schneider
Mitglieder des Verwaltungsausschusses
der Bayerischen Ärzteversorgung